

freiheit-liberté

August 2026 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | www.freiheit-liberte.ch

Editorial



Das Milizprinzip ist in der Schweiz tief verankert. Es gilt in der Armee, in den vielen Vereinen, aber auch in der Politik. Das Milizparlament ist ein prägendes Merkmal unseres politischen Systems. Es hat den Vorteil, dass die Parlamentarier ihre berufliche – und natürlich auch militärische – Erfahrung im Parlament einbringen, was zu realitätsnahen und damit auch praxistauglichen Entscheidungen führt.

Die Mitglieder der Bundesversammlung führen ihr Parlamentsmandat nicht als Vollzeitberuf aus, sondern neben ihrer eigentlichen Berufstätigkeit. Daher besteht oftmals eine enge Verbindung der Parlamentarier zur Berufs- und Lebensrealität der Bevölkerung. Dass die Schweiz in den Kantonen wie auch auf Bundesebene Milizparlamente hat, ist übrigens nicht gesetzlich geregelt, sondern einfach gelebte und bewährte Praxis.

Anders ist es in Deutschland: Das Bundestagsmandat ist als hauptberufliche Tätigkeit ausgestaltet. Nebentätigkeiten sind erlaubt, müssen aber nach den gesetzlichen Transparenzvorschriften offengelegt werden. Noch strenger sind die Regeln in Frankreich, wo die Mandate im Senat oder in der Nationalversammlung in Vollzeit ausgeübt werden.

Diese Unterschiede verschwimmen zusehends. In der Schweiz sind die Entschädigungen für Parlamentarier, vielfach aufgrund von Nebenmandaten, mittlerweile so hoch, dass sich immer mehr Mandatsträger vollzeitlich der Politik widmen. Dies wiederum zum Nachteil der Milizpolitiker, welche ihr Mandat neben dem Beruf wahrnehmen: Sie sind mit immer mehr Anträgen und Akten konfrontiert und können die Bürokratie kaum mehr bewältigen.

Schauen wir, dass 2027 wieder mehr Gewerbler und Unternehmer nach Bern gewählt werden!

Markus Schnyder, Nationalrat
Vorstandsmitglied IG Freiheit

Linke Lustlosigkeit, höhere Steuern und neue Verbote

Schluss mit Cüpli-Sozialismus?

Verbote sind in linken Kreisen beliebt – ebenso wie die Vorstellung, es sei Aufgabe der Politiker, die Menschen in ihrem täglichen Leben zu leiten. Ernährungsvorschriften, Werbeverbote für Süssigkeiten oder Tabakwaren, aber auch eine staatliche Salzstrategie gehören zu den vielfältigen Aktionsfeldern von Behörden und Verwaltung. Besonders im Fokus stand stets der Alkohol.

Auch Mässigung soll massvoll erfolgen – so der Leitsatz des antiken Philosophen Epikur. Das höchste Lebensziel sah er in der «Lust» – doch Genuss solle nicht unbegrenzt erfolgen, um nicht abhängig zu machen. Umgekehrt sei die radikale Mässigung genauso schädlich wie derjenige, der masslos lebe. Diese weisen Überlegungen werden von Politikern immer wieder ignoriert. Vorstösse für Werbeverbote, Konsumeinschränkungen oder Mindestpreise haben Hochkonjunktur.

Promillegrenze im Parlament?

Einen Vorstoss der speziellen Art lancierte Oleg Gafner, ein junger grüner Waadtländer Grossrat. Er beobachtet den Alkoholkonsum im Waadtländer Kantonsparlament mit Sorge. Ihm ist klar, woher viele Fehlentscheide kommen: Schuld ist der Alkohol. Denn in der Cafeteria des Kantonsparlaments sah er Kollegen beieinandersitzen. Mehrere Flaschen Wein seien auf dem Tisch gestanden, während über ganz andere Themen als Politik diskutiert worden sei. Eine unerträgliche Situation.

Es sei problematisch, dass es im Grossen Rat kein Gesetz über den Umgang mit Alkohol gebe, denn übermässiger Alkoholkonsum beeinträchtigt das Urteilsvermögen und die Realitätswahrnehmung. Daher fordert Gafner eine Promillegrenze im Parlament – analog zum Strassenverkehrsrecht. Wie dies kontrolliert und allenfalls sanktioniert werden soll, ist noch unklar. Ebenso stellt sich die Frage: Gibt es nicht auch Parlamentarier, welche absolut nüchtern sind und trotzdem falsch stimmen?

Alkoholfreie SP?

Ein umstrittenes Traktandum behandelte die Stadtzürcher SP. Ein ehemaliger Gemeinderatskandidat will den Alkoholausschank an Parteiveranstaltungen künftig generell verbieten. Er verweist auf seine Suchtvergangenheit: Er gerate an diesen Anlässen ständig in Versuchung, rückfällig zu werden. Daher sei es richtig, Alkohol von SP-Veranstaltungen zu verbannen. Seine Kreispartei hat diesen Schritt bereits vollzogen.

Alkohol sei wie eine Waffe und eine Hauptursache für häusliche Gewalt. Daher gelte es nicht nur die Armeemunition aus den Haushalten zu verbannen, sondern auch den Alkohol einzuschränken. Aus politischer Sicht ist klar: Das Ende des Cüpli-Sozialismus wäre damit besiegelt. Die SP hat den Antrag nach intensiver Diskussion abgelehnt. Stattdessen wurde eine Arbeitsgruppe für mehr Inklusivität eingesetzt.

Grünliberale für Steuererhöhungen

Für Erstaunen im nationalen Parlament sorgte derweil GLP-Fraktionschefin Corina Gredig. Im Frühling forderte sie eine Erhöhung der Spirituosensteuer. Es sei nicht in Ordnung, dass die Steuern für hochprozentigen Alkohol in den vergangenen 25 Jahren kaum angestiegen seien. Nun brauche es gezielte Mehreinnahmen, um den Bundeshaushalt wieder zu sanieren.

Der Bundesrat lehnt die Motion ab und weist darauf hin, dass grosse Preisunterschiede beim Alkohol den Einkaufstourismus und den Schmuggel begünstigen. Ein Teil der Nachfrage würde so wohl ins Ausland verlagert: «Angesichts dessen könnten so statt der erwarteten Mehreinnahmen sogar Mindereinnahmen entstehen.» Gredig lässt sich davon nicht beirren und fordert parallel auch eine höhere Tabaksteuer bzw. eine Erhöhung der Zigarettenpreise. Hoffnung geben die Entscheide von National- und Ständerat, welche einem Vorstoss von Mitte-Ständerat Benedikt Würth zustimmten. Das Parlament zwingt den Bundesrat, weitere Richtlinien und Kampagnen zum Alkoholverzicht zurückzustellen. Masslosigkeit ist auch hier falsch am Platz.



20. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»

Ein Jubiläum für die Freiheit

Zum 20. Mal hat die IG Freiheit im Mai 2026 den «Rostigen Paragraphen» vergeben. Das Jubiläum fand vor vollen Rängen im Zürcher «Aura» statt. Die diesjährige Auszeichnung geht in die Stadt Zürich. Gemeinderat Michael Schmid erhält den «Rostigen Paragraphen» für seinen Vorstoss, Plakatwerbung im öffentlichen Raum zu verbieten.

Das Zürcher «Aura» bot die perfekte Kulisse für ein besonderes Jubiläum: Zum 20. Mal vergab die IG Freiheit den «Rostigen Paragraphen» und holte die absurdesten bürokratischen Auswüchse des Landes ins Rampenlicht. Über 420 Teilnehmer besuchten den Traditionsanlass. Die Stimmung im vollbesetzten Saal war heiter, aber politisch – eine gelungene Mischung aus humorvoller Abrechnung mit der Regulierungswut und sachlicher Debatte.

Plakatverbot als Sieger

Das Resultat des Online-Votings war klar: Mehr als die Hälfte der Stimmen entfiel auf den Zürcher Gemeinderat Michael Schmid. Der Vertreter der Alternativen Liste (AL) forderte im Stadtparlament, kommerzielle Plakat- und Aussenwerbung im öffentlichen Raum generell zu verbieten. Betroffen wären nicht nur klassische Plakatstellen, sondern auch Werbeflächen an Haltestellen, in Trams, an Bahnhöfen oder an Gebäuden.



Gregor Rutz überreicht Michael Schmid den Rostigen Paragraphen

Der Vorstoss wurde vom Stadtparlament knapp überwiesen und liegt derzeit beim Stadtrat, der Vorschläge ausarbeiten muss, über die der Gemeinderat dann noch einmal zu befinden hat. Die Kritik ist vielfältig: Neben dem Vorwurf, dies sei ein bevormundender Eingriff für Wirtschaft, Gewerbe und Kultur, gibt es auch diverse ungeklärte rechtliche Fragen. Selbst der linksgrün dominierte Stadtrat lehnt ein generelles Verbot von Aussenwerbung ab.

Umstrittener Velo-Animator

Auch die weiteren Nominations sorgten für Lacher. Auf Platz zwei landete die Basler Regierungsrätin Esther Keller. Ihr Departement will das Mobilitätsverhalten der kantonalen



Podium mit Filippo Leutenegger, Peter Spuhler, Gregor Rutz und Reto Brennwald

Angestellten über eine neue Teilzeitstelle als «Velo-Animator» steuern. Die Mitarbeiter sollen motiviert werden, mit dem Velo, zu Fuss oder mit dem ÖV zur Arbeit zu kommen. Als Anreiz soll hierfür auch eine Velopauschale ausbezahlt werden. Bronze ging an die Bundesforschungsanstalt Agroscope für ihr Projekt für ein veganes Raclette aus Sonnenblumenkernen. Dahinter folgte die Gespa, die sich und diverse Gerichte mit der Frage beschäftigt, ob Wetten auf die OLMA-Säulirennen eher Sportwetten oder Glücksspiele sind. Auf dem fünften Platz landete der Waadtländer Vorstoss für eine Promillegrenze im Parlament.

Dass der Abend trotz der absurden Themen stets kurzweilig blieb, war auch dem Moderations-Duo Claudia Isler und Reto Brennwald zu verdanken. Die beiden führten souverän, schlagfertig und mit einer gehörigen Portion Witz durch das dichte Programm.

20 Jahre IG Freiheit

Ein Highlight waren die Panels zwischen den Nominationsblöcken, besetzt mit Schwergewichten der Schweizer Wirtschaft und Politik. In der ersten Talkrunde stand das Jubiläum der IG Freiheit im Zentrum. Die Vereinigung wurde im Herbst 2006 am Rande der Session «extra muros» in Flims gegründet. Unternehmer Peter Spuhler, FDP-Vordenker Filippo Leutenegger und Gregor Rutz, Präsident der IG Freiheit, liessen die Vergangenheit Revue passieren.

Im Gründungsjahr der IG Freiheit wurden 1'637 parlamentarische Vorstösse eingereicht. Heute sind es bereits über 3'500 Vorstösse pro Jahr. Diese Vorstossflut hat ihren Preis: Ein Vorstoss verursacht durchschnittliche Kosten von rund 7'000 Franken. Rasche Medienpräsenz auf Internetportalen, aber auch die Tatsache, dass Vorstösse heute sehr

einfach elektronisch eingereicht werden können, sind Ursachen für den massiven Anstieg.

Ungebremste Regulierungsflut?

Doch auch die Verwaltung trägt ihren Teil zur Regulierungsflut bei. Melanie Racine, Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen, beleuchtete das problematische Personalwachstums in der Verwaltung und legte dar, warum der Staat dringend schlanker werden muss. Die «Verwaltungsbremse-Initiative» soll hier Abhilfe schaffen und die weitere Aufblähung der Bundesverwaltung verhindern. Dieses Thema nahm auch die folgende Gesprächsrunde mit Ständerätin Petra Güssi, Nationalrat Michael Götze und Rechtsanwalt Matthias Müller auf. Das Trio debattierte über liberale Kernwerte und wirksame Rezepte gegen das ungebremste Staatswachstum.

Nach der feierlichen Preisübergabe ging der Abend in den gemütlichen Teil über. Die Gäste nutzten die Gelegenheit, das Jubiläum gebührend zu feiern. Bis zu später Stunde wurde gelacht, debattiert und angestossen. Ein rundum gelungener Abend, der bewies, dass der Einsatz für die Freiheit heute aktueller und wichtiger ist denn je.



Das Moderatoren-Duo Claudia Isler und Reto Brennwald

Von der Schuldenbremse zur Verwaltungsbremse

Aufblähung der Verwaltung stoppen

Die jährlichen Ausgaben des Bundes werden in Kürze den Wert von 90 Milliarden Franken erreichen. Gleichzeitig wächst die Bundesverwaltung ungebremst. Mittlerweile arbeiten fast 44'000 Personen für den Bund. Die «Verwaltungsbremse-Initiative» will nun eine weitere Aufblähung der Verwaltung verhindern.

Rund 6,5 Milliarden Franken betragen die jährlichen Personalkosten auf Bundesebene. Eine enorme Zahl. Und obwohl der Bund bis 2028 rund 180 Millionen Franken beim Personal einsparen will, sind für das laufende Jahr wiederum 400 neue Stellen budgetiert. Ähnlich – oder noch schlimmer – präsentiert sich die Situation bei den kantonalen Verwaltungen.

Verwaltung wächst seit Jahren

Das Wachstum des öffentlichen Sektors ist eine Entwicklung, die seit Jahrzehnten zu beobachten ist. So ist die Beschäftigung beim Staat oder staatsnahen Unternehmen in den vergangenen Jahren um fast 20% gewachsen. Bei den privaten Unternehmen waren es nur 14%. Gleichzeitig öffnet sich die Lohnschere: Wer beim Bund arbeitet, verdient – mit gleicher Ausbildung und in gleicher Stellung – rund 12% mehr als in der Privatwirtschaft.

Hans Letsch, ehemaliger freisinniger Ständerat aus dem Aargau, publizierte im Juni 1996 eine vielbeachtete Schrift unter dem Titel «Stoppt den Staat – er ist zu teuer!». Letsch schrieb, er ärgere sich nicht primär über Linke, denn diese vertreten ihr Parteiprogramm. Sein Unmut gelte vielmehr «den ‚Netten‘ in den eigenen freisinnigen und andern bürgerlichen Reihen, die sich zwar in Sonntagsreden und Parteiprogrammen zu ‚Mehr Freiheit und weniger Staat‘ bekannten, im politischen Alltag aber den Einfluss des Staates laufend verstärken.» Im Jahr 1996 beliefen sich die Bundesaussgaben auf 43,8 Mia. Franken. Hans Letsch hätte wenig Freude gehabt, wenn er gewusst hätte, dass dieser Wert 30 Jahre später auf über 87 Mia. Franken ansteigen würde.

Überparteiliche Allianz wird aktiv

Diesen Entwicklungen will eine breit abgestützte Allianz nun ein Ende bereiten. Unter der Ägide der Jungfreisinnigen formierte sich ein Komitee, dem auch diverse Vertreter aus dem Vorstand der IG Freiheit angehören: Olivier Feller (FDP VD), Diana Gutjahr (SVP TG), Fabio Regazzi (Mitte TI) und Gregor Rutz (SVP ZH). An vorderster Front ist sodann Melanie Racine, Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen, engagiert.

Das Hauptziel der sog. «Verwaltungsbremse-Initiative» ist einfach: Die gesamt-

haften Personalausgaben der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung dürfen prozentual nicht stärker ansteigen als der Schweizer Medianlohn. Nachdem die Schweiz mit der Schuldenbremse gute Erfahrungen gemacht hat, soll die Verwaltungsbremse demselben Prinzip folgen. Mit dieser Initiative soll sich das Wachstum der Bundesverwaltung verlässlich steuern lassen, ohne dass ein personeller Abbau erforderlich wird.

Prozesse vereinfachen

Die Zahlen sind enorm: Seit 2010 sind die Personalausgaben der zentralen Bundesverwaltung um ganze 32% gewachsen. Spardruck war kaum da, was die Verwaltung dazu antrieb, ständig neue Leute einzustellen. Mit der Verwaltungsbremse sollen nun Anreize gesetzt werden, Prozesse zu vereinfachen und vorhandene Ressourcen effizienter zu nutzen. Wird das Verwaltungswachstum begrenzt, setzt dies zwangsläufig auch der Ausweitung zusätzlicher Bürokratie und administrativer Anforderungen Grenzen. Dies stärkt das Erfolgsmodell Schweiz.

Lichtblick im Nationalrat

Die Idee einer Verwaltungsbremse wird auch kantonal diskutiert. Der Kanton Aargau hat kürzlich entschieden, eine entsprechende Regelung in der Kantonsverfassung zu verankern. Die kantonale Verwaltung soll höchstens gleich stark wachsen wie die ständige Wohnbevölkerung.

Einen kleinen Lichtblick gibt es auch im Parlament: Am 15. Dezember 2025 stimmte der Nationalrat mit 98 zu 92 Stimmen einer Motion zu, welche eine fixe Obergrenze für die Vollzeitstellen beim Bund einführen will. Die Allianz zwischen FDP, SVP und Mitte konnte hier einen wichtigen Sieg erringen. Der Vorstoss ist derzeit im Ständerat hängig.



Paragrafen-Warnung

Bundesamt für Schwimmbäder?

Nationalrätin Gabriela Suter sorgt sich aufgrund der zunehmenden Hitzeperioden um den Zugang der Bevölkerung zu Badezonen in den Städten. Flüsse sollten ihres Erachtens vermehrt als Naherholungsräume genutzt werden. Paris zeige, wie auf der Seine dank schwimmender Badebereiche mitten in der Stadt ein sicheres Schwimmen möglich sei. Der Bundesrat solle daher prüfen, ob schwimmende Badebereiche in Schweizer Flüssen realisierbar wären.

Die Antwort des Bundesrats ist klar: Er sehe keinen Handlungsbedarf, da es sich um eine kantonale oder kommunale Angelegenheit handle. Die Schweizer Gewässer seien mit Gummiboten, Schwimmern oder Kursschiffen bereits heute stark frequentiert. Schwimmende Badebereiche seien als Anlagen im Gewässer-raum zu qualifizieren. Daher seien sowohl das Fischereigesetz wie auch die Gewässerschutzverordnung zu beachten.

Lichterlöschen in Zürich

Die bürokratischen Eskapaden in der Stadt Zürich werden immer schlimmer. Nun soll für Gartenrestaurants auf öffentlichem Grund der Gebrauch von Tischlampen oder Lichterketten verboten werden. Das ist kein Aprilscherz, sondern eine neue Strategie: Lichtemissionen im öffentlichen Raum sollen vermindert werden. Licht, das unspezifisch in die Umgebung oder zu hell abgestrahlt wird, könne die Tier- und Pflanzenwelt schädigen, sagt das städtische Tiefbauamt – zudem könne Licht die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen. Vielleicht wäre etwas mehr Lebensfreude besser für die Gesundheit als das lustlose Lichterlöschen am Feierabend?

Fahrverbot an heißen Tagen?

Die linken Parteien möchten mit der Initiative „Züri autofrei“ die Autos am liebsten generell aus der Stadt Zürich verbannen. Nun lancierten die Grünen weitere Vorstösse. So soll eine „temporäre Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs“ ins Auge gefasst werden, „wenn die offiziell gemessene Lufttemperatur und -feuchtigkeit eine gewisse Schwelle“ erreichen. Das heisst: Wenn es an einem Tag z.B. über 30 Grad warm ist, gilt für Autos und Motorräder ein Fahrverbot bis 22 Uhr abends. Begründung: Die Reduktion des Verkehrs helfe mit, die Hitzebelastung zu senken und die «Aufenthaltsqualität (...) der Bevölkerung zu schützen». Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich.

Schlusspunkt

Staatsgefährdende Witze: Nun wird Humor reguliert

Dass die Bundesverwaltung nicht das Epizentrum für guten Humor ist, dürfte allgemein bekannt sein. Dass sich die Bundesbeamten nun aber die Regulierung von Witzen als Ziel geben, ist ebenso befremdend wie erstaunlich. Vor allem mit Blick auf den Zusammenhang: Witze seien eine mögliche Ursache von Gewalt, wird behauptet. Dabei wird übersehen, dass gerade Witze erlauben, Spannungen abzubauen.

Im Rahmen der «Gleichstellungsstrategie 2030» lancierte das eidgenössische Gleichstellungsbüro jüngst eine Kampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt. Wenn der Bund Kampagnen macht, wird mit der grossen Kelle angerührt. Neben sechs Plakatsujets werden auch Flugblätter eingesetzt. Diese sind in 13 Sprachen verfügbar: Neben den vier Landessprachen auch in Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Albanisch, Türkisch, Russisch, Ukrainisch, Arabisch und Serbokroatisch.

Moralische Beaufsichtigung

Unter dem Vorwand, häusliche Gewalt bekämpfen zu wollen, hängt der Bund in der ganzen Schweiz Plakate auf, auf denen zu lesen ist: «Die Witze gehen auf deine Kosten. Immer.» Statt bei flapsigen Sprüchen zurückzugeben oder zu lachen, soll der Bürger eine Telefonnummer für «Rat und Hilfe» wählen. Auf der Kampagnenwebsite wird gewarnt: «Gewalt beginnt früher, als du denkst». In der Schweiz zahlt also der Bürger Steuern, damit der Staat ihn bei seiner Alltagskommunikation moralisch beaufsichtigt. Oder um es mit der katholischen Soziallehre zu sagen: Jeder Mensch hat eine unantastbare Würde und muss ernst genommen werden. Und genau dies macht die Bundesverwaltung offensichtlich nicht, indem sie den Bürgern nicht einmal zutraut, mit Humor umgehen zu können.

Das ist vielleicht kein Zufall, sondern folgt einer gefährlichen Verwaltungslogik. Witze provozieren Gefühlsregungen und haben oft etwas Unkontrollierbares, bisweilen Subversives in sich. Jeder Witz kann eine kleine Revolution sein. Und genau das erträgt der Verwaltungsgeist nicht: dass das Volk lacht, ohne vorher um Erlaubnis zu bitten, dass es sich der pädagogischen Kontrolle entzieht, dass es für einen Moment nicht belehrt, beehrt und eingeordnet werden kann.

Gestörtes Verhältnis zu Ironie

An sich ist diese Kampagne einfach absurd. Doch es ist nicht zum Lachen. Man tut gut daran, diesen Verwaltungsaktivismus ernst zu nehmen. Kampagnen sind stets nur der Anfang – ähnlich wie bei den Sensibilisierungskampagnen im Genussmittelbereich, denen oft Lenkungsabgaben, Werbeverbote und die Auflage von Warnhinweisen folgen. Um es mit George Orwell zu sagen: «Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann das Recht, den Menschen zu sagen, was sie nicht hören wollen.» Ein Staatsapparat, der das gesprochene Wort unter Verdacht stellt, hat nicht das beste Interesse des Bürgers im Sinn.

Oder wie es ein Autor in der Neuen Zürcher Zeitung formuliert hat: «In diesem Fall, wie schon bei anderen Diskussionen im Namen von Minderheiten, besteht die Gefahr, dass das Anliegen des Opferschutzes dazu missbraucht wird, die ganze Gesellschaft in moralische Geiselhaft zu nehmen, um so den Korridor des Sagbaren enger zu machen.» Der heute herrschende woke Zeitgeist habe grundsätzlich ein gestörtes Verhältnis zu Satire und Ironie: «Vorschnell soll alles in Watte gepackt werden, was sich gefährlich anhört.» Nicht der Spott sei gefährlich, sondern der «selbstgerechte Ernst, mit dem man versucht, ihn zu beseitigen» (Giuseppe Gracia, NZZ vom 19.6.2026).



Neue Vorstandsmitglieder

Der Vorstand der IG Freiheit hat sich weiter verjüngt. Ihm gehören nach wie vor die Nationalräte Gregor Rutz (SVP ZH, Präsident), Thomas Rechsteiner (Mitte AI, Vizepräsident) und Ständerätin Petra Gössi (FDP SZ, Vizepräsidentin) an. Auch Christian Schindler (FDP ZH, Quästor), Nationalrätin Diana Gutjahr (SVP TG) und Ständerat Fabio Regazzi (Mitte TI) sind weiterhin dabei. Neu verstärken die Nationalräte Olivier Feller (FDP VD) und Markus Schnyder (SVP GL) sowie Melanie Racine (Vizepräsidentin Jungfreisinnige) den Vorstand.



Veranstaltungen

Herbstanlass 2026

Freitag, 23. Oktober 2026

«Haus der Freiheit»
Landgasthof Sonne, Wintersberg
9642 Ebnat-Kappel

21. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»

Dienstag, 18. Mai 2027

Aura, Bleicherweg 5, 8001 Zürich

Montag, 21. September 2026, 18:30

LI-Konferenz und Buchvernissage «Markt oder Staat – welche Lösungen überzeugen?»

Mythenquai 50, 8022 Zürich

Dienstag, 1. Dezember 2026

LI-Freiheitsfeier in Zürich

(Thema und Referenten noch nicht abschliessend definiert)